

# Käser rechtfertigt den Polizeieinsatz

**Fragestunde** Viele Teilnehmer der geplanten Anti-WEF-Demo vom 21. Januar waren gewaltbereit

VON BRUNO UTZ

Der Grosseinsatz der Kantonspolizei zur Verhinderung der am 21. Januar in Bern geplanten Anti-WEF-Kundgebung war nach Meinung von Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (FDP) «verhältnismässig und gerechtfertigt». Dies gab Käser gestern im Rahmen der Fragestunde den Grossräten Nathalie Imboden (Grüne/Bern) und Daniel Hügli (SP/Biel) zur Antwort. «Im Vorfeld der Kundgebung wurde massiv zur Gewalt aufgerufen, zum Beispiel im Internet.» Ein Bewilligungsgesuch habe die Stadt Bern nie erhalten. Und der Versuch einer Kontaktaufnahme durch die Stadtbehörden sei gescheitert.

«Zusammen mit dem Gemeinderat der Stadt Bern hat die Kantonspolizei deshalb entschieden, die Teilnehmer der Demo einer Personenkontrolle zu unterziehen», so Käser. Dabei seien Polizisten angegriffen worden. «Zudem stellte die Polizei zahlreiche Gegenstände wie Petarden, Pfeffersprays und Helme sicher, welche die Gewaltbereitschaft der kontrollierten Personen dokumentieren.» Die von Imboden nachgefragte Untersuchung der Vorfälle erübrige sich, sagte Käser. Einerseits würden die Polizeieinsätze bereits heute durch verschiedene Aufsichtsorgane

**«Zudem wurden Helme, Petarden und Pfeffersprays sichergestellt.»**

Hans-Jürg Käser, Polizeidirektor

kontrolliert, andererseits seien Anzeigen wegen Landesfriedensbruchs erfolgt. «Somit wird der Einsatz der Kantonspolizei im laufenden Strafverfahren durch die Justiz überprüft.» Zu den Kosten des Polizeieinsatzes konnte Käser gestern noch keine Angaben machen.

Käser dementierte diverse Medienberichte zu einem angeblichen Helikoptereinsatz in Biel. Die Kantonspolizei habe Tiefflüge durchgeführt, um Hanfpflanzen auf Balkonen zu finden. «Wurden dafür tatsächlich Helikopter eingesetzt?», wollte Sabine Kronenberg (GLP/Biel) wissen. Die Kapo besitze gar keinen Helikopter, sagte Käser. Und die fraglichen Hanf-



Polizisten kesselten die Demo-Teilnehmer ein. PETER KLAUNZER/KEYSTONE

pflanzen seien alle gut von öffentlichem Grund aus sichtbar gewesen.

## Autosteuer 2012 sind fällig

Andreas Blank (SVP/Aarberg) stellte Fragen im Zusammenhang mit dem Rechnungsversand für die Autosteuer 2012. Auf den von Blank reklamierten Hinweis zum noch offenen Streit um die Höhe der Autosteuer sei bewusst verzichtet worden,

sagte Käser: «Das juristische Geschehen ist derart dynamisch, dass die Rechnungsempfänger eher verwirrt worden wären, als dass ein Hinweis geholfen hätte.» Die vom Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt verschickten Rechnungen seien rechts- gültig. Und sie müssten innert der angegebenen Frist bezahlt werden. «Eine Verweigerung der Zahlung ist absolut nicht zulässig», so Käser.

Vor einer Woche informierte die kantonale Baudirektion über einen aussergerichtlichen Vergleich in Sachen Sanierung des Mitholtztunnels. Von den 21,5 Millionen Franken Sanierungskosten übernehmen die involvierten Firmen 16 Millionen. Gestern erkundigte sich Samuel Leuenberger (BDP/Trubschachen) nach der Höhe der Gesamtkosten und nach den Restkosten, die der Kanton Bern zu tragen habe. Die Restkosten auf

**«Hinzu kommen die Kosten für die Notstrasse von 6 Millionen.»**

Barbara Egger, Baudirektorin

grund des abgeschlossenen Vergleichs bezifferte Baudirektorin Barbara Egger (SP) auf 5,3 Millionen Franken. Dazu kämen noch die Kosten für Notmassnahmen und den Bau der Notstrasse im Jahr 2004 von rund 6 Millionen Franken. «Ich bin schockiert, von den 6 Millionen hatte ich keine Ahnung», kommentierte Leuenberger gegenüber dem az Langenthaler Tagblatt Eggers Auskunft. Auf telefonische Nachfrage korrigierte Egger eine gegenüber dieser Zeitung vom zuständigen Oberkreisingenieur Markus Wyss im November 2009 gemachte Aussage, wonach die Notstrasse Bestandteil der Klage beim Handelsgericht sei. Egger präzisierte jedoch, dass der Kanton kein Geld mehr bezahlen müsse. Die 16 Millionen Franken hingegen seien eine «willkommene Entlastung» der Rechnung 2012.

## Autobahnzubringer Obergeraargau

Daniel Steiner (EVP/Langenthal) erhielt von Egger Bescheid, aus Sicht des Kantons sei die Finanzierung des Autobahnzubringers Obergeraargau durch Private (PPP) definitiv vom Tisch. Obwohl der Bundesrat den Autobahnzubringer nicht ins Nationalstrassennetz aufnehmen will (wir berichteten), würden die Projektierungsarbeiten jedoch fortgesetzt. Egger schloss bei einer Bestätigung des bundesrätlichen Entscheids durch den Nationalrat eine alleinige Finanzierung durch den Kanton jedoch aus. Die bisherigen Gesamtkosten für Planung und Projektierung des Autobahnzubringers bezifferte Egger mit 800 000 Franken.

## Keine neuen Finanzhürden bei Einbürgerungen

**Grosser Rat** Nach Meinung von Erich Hess (Bern) handhaben viele bernische Gemeinden – vor allem Bern, Biel, Thun und Langenthal – die Einbürgerungen viel zu grosszügig. Gestern wollte der SVP-Grossrat mit seiner Motion «Keine Einbürgerung für Sozialhilfebezügler und Leute mit Eintrag im Betreibungsregister» Gegensteuer geben. Einbürgerungswillige müssten sozial integriert sein. Dazu gehöre auch die finanzielle Unabhängigkeit. «Wer sich einbürgern lassen will, der soll seinen Lebensunterhalt selber bestreiten können», so der Motionär. Und wer einmal den Schweizer Pass habe, der könne nicht mehr ausgeschafft werden, auch wenn er übermässige Sozialhilfe beziehe.

Wie beim Regierungsrat biss Hess gestern auch bei SP, Grünen, EVP und BDP auf Granit. Bezüglich der Einträge im Betreibungsregister könnten die Gemeinden schon jetzt die Einbürgerung verweigern. «Der Vorstoss ist überflüssig und diskriminierend», sagte etwa Grünen-Sprecher Christoph Grimm (Burgdorf). Peter Eberhart (BDP/Erlenbach) stellte den von Hess behaupteten Zusammenhang von Sozialhilfe und Integration infrage: «Man kann auch voll integriert sein, auch wenn man Sozialhilfe bezieht», so Eberhart.

Selbstverständlich unterstützte die SVP den Motionär aus den eigenen Reihen: «Wir müssen ein politisches Signal geben», sagte Sprecher Manfred Bühler (Cortébert). Die FDP helfe mit, die Motion zu überweisen, sagte Adrian Kneubühler, Stadtpräsident von Nidau. Nicht zuletzt auch deshalb, weil Nidau schon jetzt keine Sozialhilfebezügler einbürgere. In Nidau gebe es jedoch keine «Sippenhaft». Für Kinder, die wegen der an die Eltern bezahlten Sozialhilfe unter die Ausschlussklausel fallen würden, gelte die Vorschrift nicht.

«Eigentlich wäre ich froh, wenn es die Motion gar nicht gäbe», sagte Kneubühler und verwies auf den bei einer Ablehnung geringeren Spielraum für die Nidauer Einbürgerungskommission. Bei der punktweisen Abstimmung schickte der Grosse Rat sowohl die «Betreibungsregister»-Vorschrift (47 zu 73 Stimmen) als auch die Bedingung «keine oder vollumfänglich zurückgezahlte Sozialhilfe» (47 zu 80 Stimmen) klar bachab. (UZ)

## Parteien wollen mehr Wasserkraft

**Grimselausbau** Ein breites Bündnis von Stadtberner Parteien befürwortet den Ausbau der Wasserkraftwerke an der Grimsel. Die Vorlage überzeugte aus energiepolitischer, ökologischer, regionalpolitischer und wirtschaftlicher Sicht, schreibt das Komitee Pro Berner Wasserkraft in einer Mitteilung.

Dem Komitee gehören unter anderen Vertreter von BDP, FDP, CVP, GLP, SP, GFL und des Grünen Bündnisses an. Bereits im Berner Stadtparlament hatte die Vorlage Mitte Dezember breite Zustimmung genossen (das az Langenthaler Tagblatt berichtete). Zur Diskussion steht ein Teilprojekt der Kraftwerke Oberhasli AG (KWO). Sie möchte im Rahmen des Investitionsprogramms «KWO plus» die Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1 aufwerten.

Die KWO ist zur Hälfte im Besitz der Bernischen Kraftwerke (BKW). Je ein Sechstel gehört den städtischen Elektrizitätswerken von Basel, Bern und Zürich. Neben dem Ausbauschritt, über den die Stadtberner Bevölkerung am 11. März abstimmt, plant die KWO weitere Ausbauschritte, die wesentlich umstrittener sind. Dabei geht es um den Bau eines Pumpspeicherwerks und die Vergrößerung des Grimselstausees. (SDA)



BRUNO UTZ

## Vicari und Geiser sind neue Oberrichter

Jean-Pierre Vicari (SVP/Münchenbuchsee) und Rainier Geiser (parteilos/Cortébert) wurden gestern vom Grossen Rat für die Amtsdauer bis Ende 2016 als neue Oberrichter gewählt. Vicari (l.), der 2009 erfolglos für das Regierungstatthalteramt Bern-Mittelland kandidierte, war bisher Gerichtspräsident am Regionalgericht Bern-Mittelland. Geiser amtierte als

kantonaler Staatsanwalt. Als nebenamtlicher Fachrichter der Regionalgerichte für arbeitsrechtliche Streitigkeiten wählte der Grosse Rat Peter Zumbrunn aus Brienz. Zumbrunn vertritt den Verband Berner KMU. Schliesslich wählte das Kantonsparlament Andrea Lüthi (SP/Burgdorf) als neues Mitglied der grossrätlichen Justizkommission. (UZ)

## Alle 3072 Berner Fussgängerstreifen werden auf Sicherheit analysiert

**Kanton** Nach einer Serie von Unfällen lässt der Kanton Bern systematisch sämtliche Zebrastreifen auf den Kantonsstrassen überprüfen. Sie wollen wissen, wo es allenfalls Sicherheitslücken gebe, schreibt Verkehrsdirektorin Barbara Egger (SP) in ihrem jüngsten Newsletter. Erste Ergebnisse dieser bereits Mitte Dezember 2011 in Auftrag gegebenen Analyse erwartet sie jedoch erst gegen Ende Jahr. Danach werde es an die Umsetzung der Massnahmen gehen. Sie hoffe, so schreibt Egger weiter, dass die Arbeiten nicht durch Kostenargumente behindert oder verzögert werden.

In den letzten zwanzig Jahren wurde jeder vierte Berner Fussgängerstreifen von der Polizei oder vom kantonalen Tiefbauamt bereits begutachtet und wenn nötig nachgebessert, so der gestrige Newsletter weiter. Dazu kommen Verbesserungen, die das Tiefbauamt seit 2006 anstrebt, wenn sich an einer bestimmten Stelle Unfälle häufen.

Daneben wurden in den letzten Jahren laufend Schulwege und Strassen in Ortschaften sicherer gemacht. In dieser Sache haben die Gemein-

den gemäss Barbara Egger bereits viel unternommen. Auf Berner Kantonsstrassen gibt es insgesamt 3072 Fussgängerstreifen.

### Bauliche Prävention

Menschen machen Fehler, räumt Regierungsrätin Egger ein. Deshalb ist es wichtig, die Strassen so zu bauen, dass sie möglichst sicher sind. Laut Egger heisst bauliche Prävention für die Fussgängerstreifen:

- Sie müssen gut signalisiert sein.
- Sie müssen nach neusten Erkenntnissen beleuchtet sein.
- Es braucht auf beiden Strassenseiten sichere, gut einsehbare Warteräume und eventuell eine Mittelinsel.

Mit dem Beginn der dunklen Jahreszeit haben sich im Kanton Bern und anderswo in der Schweiz Unfälle auf Zebrastreifen gehäuft, oft mit tödlichen Folgen. Die Unfälle lösten landesweit eine Diskussion über die Sicherheit von Zebrastreifen aus. Die Kantonspolizei Bern führte zudem bereits Anfang November an zahlreichen heiklen Fussgängerstreifen eine Präventionskampagne durch. (SDA/UZ)

**Fussgängerstreifen müssen gut signalisiert sein.**